

Antragsteller: Jusos Lichtenberg

1 Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Berlin möge beschließen:

2 Die Bundeskonferenz der Jusos möge beschließen:

3

4 Die Kreisdelegiertenversammlung der SPD Lichtenberg möge beschließen:

5 Der Landesparteitag der Berliner SPD möge beschließen:

6 Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:

7

8

9 **Keine Verlängerung der Legislaturperiode des deutschen Bundestags**

10

11 Die SPD spricht sich gegen eine Verlängerung der Legislaturperiode des deutschen
12 Bundestags von vier auf fünf Jahr aus.

13

14 Der Parteivorstand sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung
15 werden aufgefordert, durch ihr Handeln für ein Bestehenbleiben der vier jährigen
16 Legislaturperiode zu werben!

17

18 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages werden gebeten, keiner
19 Verlängerung einer Legislaturperiode zuzustimmen!

20

21 Begründung:

22

23 Zudem wird eine Wahl immer auch durch Stimmung und bestimmte Ereignisse
24 beeinflusst. Je länger eine Legislaturperiode andauert, desto länger vertreten
25 Parteien die Bevölkerung, welche eventuell aus bestimmten Stimmungsströmungen
26 oder situativen Gründen gewählt wurden.

27

28 Eine Regierung sollte sich durch Wahlen der Bevölkerung – von derer die höchste
29 Macht im Staate ausgeht – stellen. Nur so kann gewährleistet werden, dass die
30 Regierung im Interesse und in Verantwortung gegenüber den Wählerinnen und
31 Wähler handelt. Wird die Zeit zwischen den Wahlen verlängert, verlängern sich die
32 Zeiten, in denen die Bevölkerung nicht direkt agieren kann.

33

34 Die Wahlperioden innerhalb der SPD und Jusos sind zu recht auf zwei Jahre angelegt,
35 denn so muss sich ein Vorstand alle zwei Jahre für seine Arbeit rechtfertigen und um
36 neues Vertrauen werben. Eine Verlängerung der Legislaturperiode würde somit nicht
37 die Demokratie bestärken und verlässlicher gestalten, sondern sie würde von den
38 Bürgerinnen und Bürger weiter entfernt und unreflektierter werden.

39

40 Darüber hinaus bieten Wahlkampfzeiten einen enormen und fruchtbaren Austausch
41 zwischen Politik und Bevölkerung, daher sollten wir die Phasen zwischen den
42 Wahlkämpfen nicht verlängern. Das Argument, dass Regierungshandeln durch
43 Wahlkampfzeiten nicht möglich ist, wird durch die jährlich vorkommenden Wahlen in
44 bestimmten Länder und Kommunen aufgehoben.